

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
 Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
 Fernsprecher Amt. Cäthol. Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
 vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
 postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Steuern oder Monopole. (Schluß). — Die Gewerkschaften vor, während und nach dem Kriege. (I). — Zur Teuerungszulage in Hamburg. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Wochenbericht vom Krieg. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Briefkasten. — Totenliste des Verbandes.

Steuern oder Monopole.

(Schluß.)

Als zweites Monopolobjekt wurde das Versicherungswejen bezeichnet, dessen Entwicklung eine Höhe erreicht habe, die sie für eine Verstaatlichung als reif bezeichnen lasse. Und zwar komme sowohl die Lebens- und die sogen. Volksversicherung als auch die Feuer- und Viehverversicherung in Frage. Es ist charakteristisch, daß dieselbe Presse, die sich sonst nicht lobend genug über die staatliche Arbeiterversicherung äußern kann, denselben Staat auf einmal nicht für fähig hält, das private Unternehmen in den übrigen Versicherungsweigen abzulösen, und selbst der Direktor des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung soll Bedenken gegen diese Uebernahme in Staatsbetrieb geäußert haben. Angeblich soll die Bureaucratie nicht beweglich genug sein, um das Versicherungswejen auf gleicher Höhe, wie der private Unternehmungsgeist es entwickelt hat, zu erhalten. Zumeist wird der Versicherungszwang für Vieh-, Feuer- und Unfallschäden eine brauchbare Grundlage für den staatlichen Betrieb schaffen können und auch für die Lebensversicherung würden sich Modalitäten ausbilden lassen, die ein Zusammenwirken von staatlicher Leitung und Versicherten ermöglichen.

Neben diesen meißerörterten Monopolprojekten kommen aber zwei andere Gruppen weit ernüchtert in Betracht, sowohl aus Gründen der Einträglichkeit als aus öffentlichen Interessen. Das ist einmal die Gruppe der Bodenschätze und das andere Mal die Gruppe der Rüstungsindustrie.

Die Bodenschätze gelten nach deutschem Recht seit altersther als staatliches Eigentum. Bis zur Einführung der Bergbaufreiheit waren sie staatliches Regal; die Bergbaufreiheit hat daran nur insofern etwas geändert, als die Ausübung derselben durch staatlichen Akt verliehen wird. Wesentlich sind die Erze und Kohlen, die Salze und Quellen und die Wasserkräfte staatliches Eigentum und können durch die Gesetzgebung jederzeit dem Staate zu eigener Verfügung und Ausnutzung zurückgegeben werden. Dieser Zeitpunkt ist aber jetzt gekommen, nachdem der Privatbetrieb Milliarden-gewinne aus den Bodenschätzen herausgeholt hat und weitere Milliarden-gewinne daraus erwartet. Die Technik der Ausbeutung hat heute eine Stufe erreicht, die kaum erheblich gesteigert werden kann. Die Konkurrenz ist durch Kartellierung eingeschränkt, die Besitzverhältnisse stark konzentriert worden. Wesentliche Interessen erblickten bereits vor Jahren ein Eingreifen des Staates, um das Stilllegen gewisser Kohlenbergwerke und die Widernutzung gemunter Kohlenfelder zu verhindern. Wesentliche Interessen waren auch maßgebend für die Zwangsartellierung des Kali-bergbaues und der Kaliumindustrie. Wenn irgendwo, so sind hier alle Voraussetzungen für die Verstaatlichung von Produktionsweigen gegeben, und auch die Arbeiterchaft des Kohlen- und Kali-bergbaues fordert dieselbe seit Jahren. Es wird freilich harte Kämpfe gegen die mächtige Gruppe der Jechenherren lösen, die schon das Eintreten des preussischen Handelsministers für Zwangsartellierungs-ämter während des Krieges mit schweren Ausfällen gegen die Regierung beantworteten. Aber sollte das Deutsche Reich, das einem

Weltkriege von Staaten die Stirn geboten hat, wirklich vor den Kirdorf, Stinnes und Thyssen angstvoll ins Maulloch kriechen?

Auch die künftige Entwicklung der Ausnutzung der Kraftquellen, wozu die Kohlenlager in erster Linie gehören, im öffentlichen Interesse legt diese Verstaatlichung nahe. Die Schaffung großer Heberlandzentralen in den Kohlenrevieren und an den Wasserläufen bringt große Städte in Abhängigkeit von einigen Kapitalistengruppen, ein Zustand, der dem öffentlichen Interesse durchaus abträglich ist. Bei den Kalischätzen bezieht die Gefahr einer unsinnigen Verschleuderung ins Ausland, zum Nachteil der deutschen Bodenkultur, deren Bedeutung gerade durch den Weltkrieg evident geworden ist. Hier muß mit ganzer Hand zugegriffen werden und der Ruf: „Die Erbschätze gehören der Nation“, muß so allgemein werden, daß jeder Widerstand des Privatkapitals aussichtslos wird.

Auch die Gruppe der Rüstungsindustrie ist zum großen Teile monopolisiert. Auszuweichen wären höchstens die Branchen der Militärkleidung und Lederarsrüstung, weil hier die Betriebszersetzung noch in weitem Umfange besteht und auch die übrige Lederindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Aber die Herstellung von Kanonen und Handfeuerwaffen, Panzerplatten und Kriegsschiffen, von Pulver und Munition, von Flugzeugen und Kriegsaufomotoren könnte nicht nur sehr gut aus wirtschaftlichen Gründen verstaatlicht werden, sondern sie müßte es schon längst aus strategischen Gründen sein. Ueber die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Industrie mögen weit auseinandergehende Auffassungen bestehen. Sicherlich sind in diesen Unternehmungen in den letzten Jahrzehnten Riesengewinne gemacht worden, und besonders die Firma Krupp in Essen hat es verstanden, sich ihre Erzeugnisse vom Deutschen Reich recht anständig bezahlen zu lassen. Es ist aber keineswegs die Absicht der friedlich gesinnten Schichten der Bevölkerung, das Rüstungstempo der letzten Jahrzehnte ins Unendliche fortzusetzen. Mit einer erheblichen Einschränkung der Heberhöfje auf diesem Gebiete wird also bei möglichst dauerndem Frieden gerechnet werden müssen. Aber es war gerade der Privatkapitalismus in den Rüstungsindustrien, der die Kriegsgefahr ständig vergrößert hat, indem er auch den Feinden des Reiches Waffen neuester Konstruktion lieferte und dadurch den Wettlauf um die beste Rüstung kampfhaft gesteigert hat. Wir stellen deshalb das strategische Interesse des Reiches an einer Verstaatlichung dieser Unternehmungen über das finanzielle und werden aus Sicherheitsgründen, daß nach dem Kriege das Verbot der Waffenansuhr durch die Uebernahme sämtlicher Waffenfabriken in Reichsverwaltung ersetzt wird.

Nur durch Monopole in dem erwähnten Umfange lassen sich die enormen Kosten decken, die der Weltkrieg dem deutschen Volke auferlegt hat. Um diese Verstaatlichungen durchzuführen, bedarf es einer ebenso klugen wie energiegelben Reichsregierung. Wir zweifeln nicht daran, daß die lehtere Männer besitzt, die sowohl über die nötige Sachkenntnis als auch über die erforderliche Energie verfügen, besonders wenn das eiserne Maß dahintersteht. Aber sie haben auch mit ganz außerordentlichen Widerständen zu rechnen, denn die Aufhiefer dieser Unternehmungen werden sich nicht mit vaterländischer Begeisterung diesem Verlangen fügen. Deshalb ist es angebracht, rechtzeitig die öffentliche Diskussion auf diese Probleme zu lenken, um die staatlichen Notwendigkeiten durch den eumtlichen Volkswillen zu unterbreiten und eine Propaganda zu entfalten, die die private Interessenspolitik isoliert und entwarfnet.

Die Gewerkschaften vor, während und nach dem Kriege.

(Von Dr. Adolf Braun.)

Das Fortschreiten nach dem Vergangenen, das Streben, die dunstige Zukunft aufzuhellen, ist vielleicht niemals stärker eine Triebkraft unseres Lebens gewesen als während der Dauer dieses Weltkrieges. So ungeheuerlich sind alle seine Ereignisse und seine Wirkungen auf die ganze Welt, auf alle Staaten, ja auf jedes einzelne Menschenkindlein, daß wir die Monate seit dem Kriegsausbruch stärker empfinden als Jahresabschnitte in unserem Leben. Es kann doch gar nicht anders sein. Denn wenn wir Altverderbenen auch alle Ereignisse unseres Lebens zusammendrängen wollten auf die Monate, seitdem der Krieg Europa verheert, Asien erschüttert und die übrige Welt in ununterbrochener Aufregung hält, so erscheint all das, was wir bisher durchlebt haben, noch immer klein im Vergleich zu dem, was wir in diesen wenigen Monaten über uns ergehen lassen mußten.

Aus dieser Wirkung auf unser Seelenleben, ja selbst auf unseren Verstand erklärt sich vielleicht am ehesten die uns sonst unfaßbar bleibende Tatsache, daß es Millionen Menschen gibt, die die nicht militärischen Wirkungen des Krieges stark überschätzen und auf ihnen eine zukünftige Entwicklung aufbauen wollen. Staat und Kirche, bürgerliche und proletarische Partei, Vertreter von Gruppen wie Einzönger bauen auf den Krieg die Erwartung einer ihrer Wünsche befriedigenden Zukunft.

Freilich, wenn wir all die mannigfachen Neuorientierungen, die uns in Deutschland von den Erzbischöfen und Junkern bis zu den Genossen Wolfgang Heine und Karl Liebknecht in Aussicht gestellt wurden, näher prüfen, so kommen wir zu der überaus merkwürdigen Erscheinung, daß der Krieg der Menschen Geist nicht gar so stark geändert hat, als man es so vielfach für wahrscheinlich halten mußte. Es sind gar keine so neuen Wünsche, die die Bischöfe in den Hirtenbriefen, die Konservativen in ihrer berühmten Meinungsversammlung in der ersten Januarnummer der „Streng-Zeitung“, die Alldutschen in ihren Zirkularen usw. äußern. Der Unterschied ist nicht viel größer als der des Temperaments, mit dem die Forderungen betont und mit dem ihre Erfüllung nahegerückt scheinen. Was vor dem Kriege als eine mehr theoretische Forderung, deren Erfüllung in naher Frist nicht erwartet wurde, angehen wurde, erscheint nun in der gesteigerten Reizung unserer Nerven, die zu erhöhter Hoffnungsfreudigkeit vielfach geführt hat, als in naher Erfüllung bevorstehend. Jede Gruppe und jeder sich über die Aufgaben des Reiches Gedankenmachende meint, daß leichter erfüllbar wird, was er bisher gehofft hat, weil ja der Krieg eine so große Entfaltung aller Kräfte ist, wie wir sie im Frieden niemals gesehen haben und wie man sie deshalb nach dem Kriege als fortwirkende Riesenkräfte früher Unmöglich-scheinendes ausführen läßt. Freilich ver- geht man dabei, daß in allen Staaten nach den alle Erwartungen übersteigenden Kraftäußerungen des Krieges Erschöpfungsercheinungen der auf das höchste angestregten Völker und der staatlichen Gebilde zu befürchten sein werden.

Wenn dem auch nicht so sein sollte, so erscheint dem mit wenig Phantasie begabten Menschen die Hoffnungsfreudigkeit aller sich sonst so heftig Befehdenden deshalb so un- tatsäglich, weil jede einzelne Gruppe, ja jeder einzelne Mensch seine Hoffnungen und seine Wünsche als die vor allen anderen Erfüllung heischenden betrachtet und dabei viel zu gering einschätzt, daß die Hoffnungsfreudigkeit und die Willenskraft der anderen, die ganz Entgegengelegtes

wünschen, zum Genußschub für die Erfüllung der eigenen Wünsche werden können.

Für uns, die wir als Sozialisten nicht von irgendeiner Ideologie die Erfüllung noch so tief begründeter Wünsche erwarten, für uns, denen Lassalle vor mehr als einem halben Jahrhundert gelehrt hat, daß nur Macht Recht schafft, für uns, denen Marx aufgezeigt hat, daß die Geschichte eine Reihe von Massenkämpfen ist, für uns ist es völlig klar, daß nicht der vielleicht gar nicht zu bezweifelnde gute Wille der Staats- oberhäupter und der Regierungsmänner für die Erfüllung der lang genaug versagten und der dringender Erfüllung be- dürftenden Wünsche der Arbeiterklasse ausschlaggebend ist, sondern der Kampf der wirtschaftlichen Mächte, der nach dem Kriege wieder ausgelöst werden wird und der in anderer Gestalt als während dieses Weltkrieges als bellum omnium contra omnes (der Krieg aller gegen alle), von dem Thomas Hobbes schon vor fast drei Jahrhunderten sprach, durchaus weiter wirken wird.

Wie die Zukunft sein wird, möchte jeder wissen; vielleicht gerade deshalb ist weit mehr die Stimmung der Wünschenden als die Nüchternheit der Prüfenden in allen Parteien Triumpf. Man ist ein Schwarzfeiber, wenn man nicht die Wünsche wie Tatsachen wertet. Man muß oft staunen über die Sicherheit derer, die von Wünschen fast wie von Tat- sachen sprechen, und die jede nüchterne Erwägung, jede Prü- fung an der Hand der geschichtlichen Tatsachen der gegenein- ander wirkenden Kräfte und der wirtschaftlichen Macht- faktoren fast als ein gemeinschädliches Beginnen brandmarken möchten. Freilich, wenn man mit praktischen Fragen, mit Wünschen, die in unserem eigenen Entscheidungsbereiche liegen, an diese Zukunfts-sicheren herantritt, dann zeigt sich doch, daß der kühle Verstand durchaus nicht von der beflügelten Phant- asie vollständig unterjocht wurde.

Erwarten die Konservativen, und nicht nur die partei- politisch gestempelten Konservativen, als Wirkung des Krieges gesteigerten Machtanspruch der Staatsgewalt, kräfti- gere Durchsetzung der Autorität, gesteigerte Macht der reli- giösen Gefühle, so erwarten andere wieder ein freieres Spiel und die größere Berücksichtigung des Volkswillens. Die mannigfachen politischen Normungen werden im deutlichen Volk, das wenigstens während des Krieges mehr noch ein Volk der Dichter als der Denker geworden ist, geholt. Ich bin viel zu prosaisch, um mit diesen Dichtern mitzumachen.

Das Spiel mit unumkehrbaren, erst in der Zukunft feste Formen annehmenden Faktoren hat sicherlich seinen Reiz. Nüchterner ist das Rechnen mit eher unschreibbaren Größen. Freilich ist alles, was die Zukunft erhellen will, mit einem Stück Unsicherheit verknüpft. Aber es kann kaum bezweifelt werden, daß die politischen Zukunfts-betrachtungen weit mehr auf Flugland gebaut sein müssen als wirtschaftliche Berech- nungen, für die es doch tatsächliche Unterlagen und der wirt- schaftlichen Betrachtung nicht verichlossene Entwicklungstendenzen gibt. Das weiß jeder Statistiker, jeder Beobachter der Märkte und der Wörten, jeder Verfolger der industriellen Entwicklung wie der Momente, die die Handelsbeziehungen der Nationen, die die Konsumkräfte der einzelnen Völker, die Bedingungen der privaten und der öffentlichen Haushalte beobachtet. Natürlich wird auch der geduldeste Ökonom nicht alle Fehlerquellen ins Auge fassen und mit den Mög- lichkeiten anderer Entwicklungen als der von ihm voraus- gesehenen rechnen. Aber trotzdem bleibt die Tatsache doch bestehen, daß die ökonomische Betrachtungsweise uns auf einen viel sichereren Beobachtungsposten stellt als die poli- tische, die heute die ökonomischen Erwägungen sehr zum Schaden nüchterner Beurteilung in den Hintergrund ge- drängt hat.

Wenn wir die Zukunft der Gewerkschaften heute be- trachten wollen, so können wir nur die Vergangene

*) Die vorstehenden Ausführungen sind dem „Kampf“, der sozialistischen Monatschrift Leherrechts, entnommen. Mag man auch über Einzelheiten (wie z. B. die wirtschaftliche Situation nach dem Kriege) verschiedener Meinung sein, so erscheint uns das Gesamtbild doch überaus plausibel und eindringlich gezeichnet. Wir empfehlen die Artikel und ihre Schlagfolgerungen aufmerkhamter Beachtung.
Die Redaktion.

heit der Gewerkschaften als Ausgangspunkt nebuen. Es ist um so wichtiger, an diese Vergangenheit zu erinnern, als der Krieg mit seinen gewaltigen Eindrücken uns diese noch kaum neun Monate hinter uns liegende Vergangenheit als eine längst entschwundene Zeit erscheinen läßt, deren Gedächtnis bei diesem oder jenem aufzufrischen von Nutzen sein kann. Wir besitzen ein großartiges Aktenstück zur Feststellung der Lebensbedingungen der Gewerkschaften gerade vor Beginn des Krieges in dem während der Kriegszeit erschienenen Protokolle der Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, der in der letzten Juniwoche des Jahres 1914 in München abgehalten wurde. Wenn wir in Kürze zusammenfassen die Tatsachen, Hoffnungen und Befürchtungen, die unsere Gewerkschaften damals erfüllt haben, so wäre vor allem zu sagen, daß die Gewerkschaften sich damals in eine Abwehrstellung gegen die Staatsgewalt gedrängt sahen. Nicht nur Angriffe auf das Streikrecht waren abzuwehren, die ganze Politik des Schärfermachens zwang damals die Gewerkschaften zu der entschiedensten Kampfstellung. In voller Deutlichkeit wandte sich Alexander Schläge am 27. Juni 1914 in der Schlussrede auf dem neunten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands gegen den Terrorismus der Unternehmer. Er betonte den Charakter der Gewerkschaften als Kampforganisation zur Hebung der Arbeiterklasse, die selbstverständlich nicht kampflös vom Plabe abtreten würde, wenn man ihre Grundrechte beschneiden wollte. Er schloß seine Ausführungen:

Unsere Aufgabe bleibt es also, im unentwegten Kampf gegen alle unsere Widersacher die Gleichberechtigung zu erzwingen, die uns in geradezu unbegreiflicher Weise vorenthalten wird.

In Erinnerung gebracht sei auch die Einleitung der Resolution über die soziale Gesetzgebung, die Robert Schmidt begründet hat:

Die Förderung der sozialen Gesetzgebung wird immer in den von kapitalistischen Interessen beherrschten Staaten auf starken Widerstand stoßen. Von engherzigem materiellen Gesichtspunkt geteilt, glaubt die Kapitalistenklasse in jeder Einschränkung ihrer herrschenden Stellung gegenüber den Arbeitern die Schädigung ihrer unantastbaren Interessen zu erblicken.

Und dann heißt es weiter in dieser Resolution:

Wenn gegenwärtig von einflussreichen Unternehmerkreisen lauter als je der Ruf nach einem Stillstand der Sozialpolitik ertönt, so hat dafür nicht die angeblich hohe Entwicklung der sozialen Gesetzgebung den Anreiz gegeben, sondern das Tragen jener Kreise nach politischer und wirtschaftlicher Machtentfaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Mit aller Entschiedenheit stellt diesem Standpunkt die Resolution gegenüber das Gesamtinteresse der Gesellschaft und die Forderungen der Arbeiterklasse, die in der Gewerkschaft ihre Position zu stärken hat.

Am Vorabend des Weltkrieges hat die höchste Vertretung der deutschen Gewerkschaften stärker als seit vielen Jahren die Gegenwärtigkeit der Interessen der Arbeiter und der Unternehmer betonen müssen. Das geschah nicht aus irgendwelchen allgemeinen Anschauungen, nicht als ein Reflex der sozialistischen Gesinnungen der Arbeiterklasse, sondern auf Grund sehr begründeter Befürchtungen, schwerer, die ganze Entwicklung der Gewerkschaft bedrohender Gefahren. Es sei nur hingewiesen auf die zahlreichen Prozesse auf Grund des Reichsvereinsgesetzes, die den Gewerkschaften die Organisation der Jugendlichen unmöglich machen sollten, auf die zahlreichen Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die speziell zur Einschränkung gewerkschaftlicher Wirksamkeit ausgedacht waren, auf die Erwägungen, ein Tarifvertragsrecht zu schaffen mit zivildelictlicher Haftbarkeit der Gewerkschaften für die von den Unternehmern empfundenen Schäden gewerkschaftlicher Aktionen.

*) Siehe auch Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann: „Der Kampf gegen die Gewerkschaften“, in der Nummer der „Neuen Zeit“ vom 1. Mai 1914 (2. Jahrgang, 2. Band, Seite 210), und Adolf Fraum: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften“, Berlin 1914, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

War den Gewerkschaften bewußt, daß sie gegen ein von Jahr zu Jahr besser organisiertes Unternehmertum unter einer ihnen nicht günstigen Gesetzgebung zu kämpfen haben, so wirkte das doch nicht niederdrückend auf die Gewerkschaften, denn sie waren sich ihrer inneren Kraft bewußt, sie empfanden das feste Gefüge ihrer Organisation, sie sahen, daß alle Anstrengungen der konkurrierenden Gewerkschaften doch nicht den gewaltigen Vorprung einholen würden, den sie sich seit langem gesichert hatten. Die Wirtschaftskrise hatte zwar einzelnen Gewerkschaften Mitgliederverluste zugefügt, aber im allgemeinen konnte sie weder die innere Kraft, noch die finanzielle Macht der Gewerkschaften erschüttern. In der Mitgliederzunahme bei den gelben Organisationen sah man nur eine zeitweilige Strikererhebung, die mit der Wiederkehr der Prosperität verschwinden würde.

Gemütnung konnte man auch empfinden über die Erfolge der Gewerkschaften, die zum Ausdruck kamen in höheren Löhnen, in einer besseren Lebenshaltung, in verkürzten Arbeitszeiten, in einem gewachsenen Selbstbewußtsein der Arbeiter. Freilich kam auch manchem Arbeiter die Frage nahe, daß das rasche Anschwellen der Mitgliederzahlen mit der Verarbeitung des neuen Menschenmaterials für die Gewerkschaften mit ihrer Anpassung und Einpassung nicht gleichen Schritt halten konnte. Es war klar, daß die Einreihung Hunderttausender indifferenter, oft von flachem Lande kommender Menschen in die Gewerkschaften eine ganz außerordentliche Arbeit erfordern würde, der die Gewerkschaften vor dem Kriege Aufmerksamkeit, aber nicht die erforderliche Kraft schenken konnten.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Teuerungszulage in Hamburg.

Die Teuerungszulage findet nicht in allen ihren Einzelheiten die Zustimmung sämtlicher Teile der Staatsarbeiterschaft; und auch die Durchführung des betreffenden Senatsbeschlusses war resp. ist noch nicht in allen Betrieben kritisch einwandfrei. Der Senat faßte seinen Beschluß am 28. April, am 29. April wurde der Beschluß den Behörden zugestellt und am 1. Mai trat er in Kraft; aber am 20. Mai hatte z. B. die Friedhofsverwaltung noch nichts davon gemerkt, daß auch die Arbeiterinnen die Zulage bekommen müssen. Nun hat allerdings in der Hauptsache der Senat selber die Schuld daran, daß die Behörden ihn nicht verstehen. Nicht dadurch, daß sein Beschluß vielleicht nicht klar genug wäre; insofern liegt kein Grund zur Kritik vor. Der Senat hätte eine an die Behörden gerichtete Ermahnung, seinen Beschluß mit Nachdenken zu lesen, seinem Bescheid voranzustellen sollen. Er hat freilich in seinem Beschluß diesen durch die Worte charakterisiert: „Mit Rücksicht auf die . . . Preissteigerung . . . eine Preisliste zur Verbreitung des Unterhalts.“ Aber kann nun ein echtes Bureaukratenhirn daraus etwas folgern? Nein, nein! Denn ein solches Hirn weiß nichts von Gedankenentwicklung, wenn es ihm nicht von „oben“ vorge-schrieben ist. Der Senat hätte deshalb mindestens schon im Vorwege die Worte gebrauchen sollen: „Zunächst Collegium logicum.“ Nun dies oder ähnliches verjäumt worden, gehen die Bureaukraten „nach dem Buchstaben“. In der Senatsverordnung heißt es: „Den Angestellten und Arbeitern.“ Weil nicht auch von „Angestellten“ und Arbeiterinnen die Rede darin ist, so weiß die Friedhofsverwaltung nichts davon, daß auch weibliche Personen die Linsen jetzt schon 300 Proz. teurer bezahlen müssen als im Juli 1914, und daß nur deshalb auch sie die Teuerungszulage bekommen sollen. An manchen anderen Verwaltungsstellen herrscht in sonstigen Beziehungen aber keine geringere Begriffschwermögenheit.

Sowiel uns bekannt geworden, hat allein nur der Vorsitzende des Arbeiterausschusses für das Beleuchtungswesen herausgefunden, daß die Teuerungszulage auch für auf Werktage fallende Feiertage gezahlt werden muß, und zwar selbstverständlich allen Zulagenempfängern, einerlei, in welchem Lohnverhältnis an und für sich sie stehen. Und dies ist richtig, was sich sowohl aus formalen wie materiellen Gründen sehr leicht erweisen läßt. Der Beschluß des Senats ist eine zusammenhängende Handlung, deren Grund und Ausdruck die Erreichung eines allen ihren Einzelheiten gleichmäßigen einheitlichen Zweckes. Der Beschluß will unter bestimmten, von ihm selber festgestellten Voraussetzungen eine „Preisliste zur Verbreitung des Unterhalts“ für Angestellte und Arbeiter, und zwar im Tagelohn 50 Pf. für den Tag, im Wochenlohn 3 Mk. für die Woche und im Monatslohn oder Jahreslohn 12 Mk. für den Monat.

Es wird weder ein Unterschied der Arbeiter nach Geschlechtern, noch nach Dienststellungen, noch nach Entlohnungsformen gemacht, und die Höhe der Zulage ist für alle gemeinsam grundsätzlich gleich, in einem gegebenen Gesamtzeitabschnitt, nehmen wir 3 Monate an, sollen alle Zulagen im Vergleich zueinander gleich hoch gefallen sein; daß insofern die Zulagen für Tagelohnarbeiter etwas höher als für Wochenlohnarbeiter und für diese etwas höher als für Monatslöhner zu stehen kamen, ist nebensächlich. Soweit den Dienstverhältnissen nach eine Gleichordnung der Zulagen für alle Dienstverpflichteten lohnrechtlich ohne größere Schwierigkeiten möglich war, hat der Senat sie herbeigeführt. Darum wurde auch zweifellos absichtlich der Ausdruck gewählt: „im Tagelohn 50 Pf. für den Tag“, und nicht: für den Arbeitstag; die Zulage soll wöchentlich für Tagelohnarbeiter ebenso hoch sein wie für sonstige Arbeiter, sie soll den Tagelohnarbeitern also auch für auf Werttage fallende Feiertage gezahlt werden.

Die Ausführungsbehörden wollen nun den Tagelohnarbeitern die Zulagen nicht für auf Werttage fallende Feiertage geben. Wenn diese Auffassung richtig wäre, wenn Tagelohnarbeitern nur für solche Tage, an denen sie gearbeitet haben, die Zulage zu zahlen wäre, dann müßten sie aber auch für den siebenten Wochentag, falls sie an diesem arbeiteten, die Zulage gezahlt bekommen; z. B. die Laternenwärter, die am Sonntag (regelmäßig je drei Sonntage hintereinander) arbeiten.

Daß aber der Senatsbeschluß seinem zusammenhängenden Sinne nach ausgelegt und zur Ausführung kommen muß, geht allein schon daraus hervor, daß er über die Stundenlohnarbeiter kein Wort enthält, daß nun aber trotzdem auch den Stundenlohnarbeitern die Zulage gewährt wird, und zwar nicht als Stundenzulage, sondern als Tageszulage, nämlich „für den Tag“.

Bei der Straßenreinigung wurde sogar den Wochenlohnarbeitern die Zulage nicht für den Himmelstagsfest gezahlt, obgleich der Senatsbeschluß doch ganz klar vorschreibt: „im Wochenlohn 3 Mk. für die Woche“. Hiernach ist die Zulage als Wochenzulage unteilbar.

Die Behörden haben noch nicht zu begreifen vermocht, daß der Senatsbeschluß eine Feuerungszulage bewilligt und er deshalb für diese die mit dem Arbeitslohnsystem verbundenen Begriffe nicht kennt. Unter der Feuerung leiden alle Arbeitnehmer mit einem bestimmten Lohne — der Senat hat als Grenze 2000 Mk. jährlich angenommen — gleich schwer, also sollen sie alle ohne Unterschied in persönlicher, dienstlicher oder sachlicher Beziehung auch eine grundsätzlich gleichmäßige Beihilfe bekommen.

Mit dem Senatsbeschluß an sich beschäftigt sich unsere Mitgliederversammlung am 19. Mai. Die Verhandlung führte zu folgendem Beschluß:

„Mit Rücksicht auf die Bedeutung der für die hamburgische Staatsarbeiterchaft festgesetzten Feuerungszulage, und zwar insbesondere der Frage nach ihrer Erhaltung über den 31. Juli 1915 hinaus und außerdem ihrer mehr zweckmäßigen Regelung, wird beschlossen, dieselbe vor einer öffentlichen Versammlung der Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlicher Betriebe des hamburgischen Staates zur Erörterung zu bringen, um dadurch auch den nicht im Staatsarbeiterverband organisierten Gelegenheit zu geben, an der zur Sache notwendigen Verhandlung teilzunehmen. Der Versammlung soll empfohlen werden, eine Entschließung zu fassen, die im wesentlichen folgendermaßen lautet:

1. Die Feuerungszulage muß auch nach dem 31. Juli 1915 noch gewährt werden. 2. Bei der Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes ist davon auszugehen, daß der durch Sonntagsarbeit verdiente Lohn, selbst wenn regelmäßige Sonntagsarbeit wie in den Schichtbetrieben der Gas- und Wasserwerke) in Betracht kommt, nicht in Anrechnung gebracht und daraufhin, weil durch ihn ein Jahreslohnverdienst von 2000 Mk. erreicht worden, die Zulage verweigert werden darf. 3. Eine Feuerungszulage sollte auch den Angestellten und Arbeitern, die nicht mindestens ein Lohnverdienst von 2500 Mk. jährlich erreichen, gegeben werden. 4. Ist die herrschende Feuerung im ganzen als unvermindert auch nach dem 1. Oktober noch zu berechnen, was voraussichtlich der Fall sein wird, dann darf im nächstfolgenden Winterhalbjahr die sonst bei mehreren Verwaltungsbetrieben übliche, infolge kürzerer Arbeitszeit vorgesehene Lohnkürzung (der sogenannte Winterlohn) nicht eintreten.

Kommt die erwähnte öffentliche Staatsarbeiterversammlung nicht zustande, gilt die vorstehende Entschließung als maßgebend für die zur Vertretung der Staatsarbeiterchaftsinteressen berufenen Organe.“

Aus Politik und Volkswirtschaft

Vom Reichstag.

Die bedeutungsvolle Tagung des Reichstags vom 28. Mai d. J. wurde ausgefüllt mit der Rede des Reichskanzlers, die wir — wegen ihrer historischen Bedeutung — hier im Wortlaut folgen lassen: R. D. Als ich vor acht Tagen zu Ihnen sprach, bestand noch ein Schimmer von Hoffnung, daß das Vorschlagen Italiens verhindert werden könnte. Die Hoffnung hat getrogen. Das deutsche Empfinden sträubte sich, an die Möglichkeit einer solchen Wendung zu glauben. Jetzt hat die italienische Regierung selbst ihren Treubruch mit blutigen Lettern unvergänglich in das Buch der Weltgeschichte eingeschrieben. Ich glaube, es war Machiavelli, der einmal gesagt hat: „Jeder Krieg, der notwendig sei, sei auch gerecht“. War von diesem nüchternen realpolitischen Standpunkt aus, der von allen moralischen Reflexionen absieht, war auch nur so gesehen dieser Krieg notwendig? Ist er nicht vielmehr geradezu sinnlos? Niemand bedroht Italien, weder Österreich-Ungarn noch Deutschland. Ob die Tripleentente es bei Leistungen hat bewenden lassen, das wird ja die Geschichte zeigen. Ohne einen Tropfen Blut, ohne das Leben eines einzigen Italieners zu gefährden, konnte Italien die lange Liste der Konzeptionen haben, die ich Ihnen neulich vorlesen habe: Land in Tirol, am Monzo, soweit die italienische Zunge limit, Befriedigung der nationalen Wünsche in Triest, freie Hand in Albanien, den wertvollen Hafen Salona. Warum haben die Herren Salandra und Sonnino das nicht genommen? Wollen sie etwa auch das deutsche Tirol erobern? Hände weg, meine Herren! Oder will sich Italien an Deutschland reiben, an dem Lande, dem es doch bei seinem Werden zur Großmacht so manches zu verdanken hat, an dem Lande, von dem es durch keinerlei Interessengegenstände getrennt ist? Wir haben in Rom keinen Zweifel gelassen, daß der italienische Angriff auf österreichisch-ungarische Truppen auch deutsche Truppen treffen werde. Deshalb hat also Rom das weitgehende Anerbieten Österreichs zurückgewiesen? Das italienische Grünbuch, ein Dokument, das das schlechte Gewissen mit hohlen Phrasen verbirgt, bietet uns darüber keinen Aufschluß. Man hat sich vielleicht doch geheult, offiziell auszusprechen, was man durch die Presse und durch die Gespräche der parlamentarischen Wandelgänge als Vorwand verbreiten ließ: die österreichischen Angebote wären zu spät gekommen und man habe ihnen nicht trauen können. Wie steht es denn in Wirklichkeit damit? Die römischen Staatsmänner hatten doch wohl kein Recht, an die Vertrauenswürdigkeit anderer Nationen denselben Maßstab anzulegen wie an ihre eigene. Deutschland bürgte mit seinem Wort dafür, daß die Konzeptionen durchgeführt wurden, da war kein Raum für Mißtrauen. Also weshalb zu spät? Das Trentino, das am 4. Mai angeboten wurde, war kein anderes Land, als welches es im Februar gewesen wäre. Und im Mai waren dazu noch eine ganze Reihe Konzeptionen hinzugekommen, an die im Winter nicht einmal gedacht war. Nun, zu spät war es, weil die römischen Staatsmänner sich nicht geheult hatten, lange vorher, während der Dreibund noch lebte und lebte — derlei Dreibund, von dem der König und die Regierung in Rom auch nach dem Ausbruch des Weltkrieges aus! Sich anerkannt hatten, daß er weiterbestehe —, weil Sonnino sich lange vorher mit der Tripleentente so tief eingelassen hatte, daß er sich aus ihrem Arm nicht mehr loswinden konnte. Schon im Dezember waren Anzeichen da für eine Schwächung des römischen Kabinetts. Zwei Eisen im Feuer zu haben, ist ja immer nützlich, und Italien hatte uns auch früher schon seine Vorliebe für Extratouren gezeigt. Aber hier war kein Tanzsaal, hier war die blutige Walfahrt, auf der Österreich-Ungarn und Deutschland für ihr Leben fechten.

Dasselbe Spiel wie mit uns haben die römischen Staatsmänner auch mit dem eigenen Volke gespielt. Gewiß, das Land italienischer Junge an der Nordgrenze war von jeher ein Traum und Wunsch in den Begehrens jeden Italieners. Aber doch ist dieser Krieg ein Machiavellikrieg. Das italienische Volk in seiner großen Wehrheit wollte nichts vom Kriege wissen. Auch die Mehrheit des Parlaments wollte nichts vom Kriege wissen. Noch im Mai haben die besten Männer der italienischen Verhältnisse festgestellt können, daß etwa vier Fünftel des Senats und zwei Drittel der Kammer gegen den Krieg waren. Und darunter die besten und gewichtigsten Staatsmänner der ganzen letzten italienischen Epoche. Aber die Vernunft kam nicht mehr zum Wort, es herrschte allein die Strafe, und zwar unter der wohlwollenden Tuldung und Förderung der leitenden Männer des italienischen Kabinetts, sie war von dem Golde der Tripleentente und unter der Führung gewissensloser Kriegsheber in einen solchen Blutraub verfestigt worden, daß sie dem König die Revolution und allen Gemäßigten, die sich noch ein ruhiges Urteil bewahrt hatten, Heberfall und Mord androhte, ebenso allen, die nicht in die Kriegstempel mit einstoßen wollten. Heber das Maß der österreichischen Konzeptionen wurde das italienische Volk schließlich im Dunkel gehalten. So kam es, daß nach dem Austritt des Kabinetts Salandra sich niemand mehr fand und niemand mehr den Mut hatte, ein neues Kabinett zu bilden, und daß in den entscheidenden Debatten über die Kriegsvollmachten kein Redner der konstitutionellen Parteien des Senats oder der Kammer den Wert der weitgehenden österreichischen Konzeptionen an die nationalen Wünsche des italie-

nischen Volkes auch nur zu würdigen versucht hatte. In dem allgemeinen Kriegstaukel mußte die ehrliebe Politik verstummen. Wenn einst, wie wir hoffen und wünschen, eine Ernüchterung bei dem italienischen Volke eingetreten sein wird, dann werden ihm auch die Augen darüber aufgehen, wie leichtfertig es in diesen Krieg hineingehakt worden ist.

Wir, meine Herren, haben alles getan, um die Abkehr Italiens vom Dreibunde zu verhüten. Uns fiel dabei die undankbare Rolle zu, dem treu verbündeten Oesterreich-Ungarn, mit dessen Armeen unsere Truppen tagtäglich Wunden, Tod und Sieg teilen, anzuschauen, die Vertragstreue des Dritten durch Abtretung aller wichtiger Gebietsteile zu erkauften. Daß Oesterreich-Ungarn schließlich bis an die äußerste Grenze des Reiches gegangen ist, wissen Sie. Fürst Bülow, der von neuem in den aktiven Dienst des Reiches getreten war, hat die große Summe seines politischen Geschicks, seiner genauesten Kenntnis der italienischen Zustände, seine Persönlichkeit und seinen Namen in unermüdlicher Arbeit für eine Verständigung eingesetzt. Wenn seine Arbeit vergeblich geblieben ist, das ganze Volk dankt sie ihm.

W. S., wir werden auch diesen Sturm aushalten. Von Monat zu Monat sind wir mit unseren Verbündeten immer enger zusammengewachsen. Von der Pelica bis zur Bukowina haben wir mit unseren österreichisch-ungarischen Kameraden monatelang gegen eine riesige Uebermacht zäh ausgehalten, dann sind wir siegreich vorgestoßen und vormaligiert. An dem Geist der Treue und Freundschaft und Tapferkeit, von dem die Zentralmächte unerschütterlich befeuert sind, wird auch der neue Feind zu Boden werden. Die Türkei feiert in diesem Kriege eine glänzende Wiedergeburt. Das gesamte deutsche Volk verfolgt mit Begeisterung alle einzelnen Phasen des heroischen und siegreichen Widerstandes, mit dem die uns treu verbündete türkische Armee und Flotte die Angriffe der Gegner mit wuchtigen Schlägen zu parieren weiß.

Gegen die lebendige Mauer unserer Krieger im Westen sind die Gegner bisher vergeblich angestürmt. Mag auch an einzelnen Stellen der Kampf hin und her gewogt haben, mag hier oder dort ein Schützengraben oder ein Dorf verloren oder gewonnen worden sein, der große Durchbruch, den unsere Gegner seit fünf Monaten aufkündigen, der ist ihnen nicht gelungen und der soll ihnen nicht gelingen. Der wird an der todesmutigen Tapferkeit unserer helden Mächtern. W. S.! Alle Machtmittel der Welt haben unsere Feinde bisher vergeblich gegen uns aufgeboten — eine ungeheure Koalition tapferer Soldaten — denn wer wollte die Feinde verachten, wie es unsere Gegner wohl gern tun? Der Plan, eine Nation von 70 Millionen mit Weibern und Kindern auszuhungern — Lug und Trug. In demselben Augenblick, wo der Mob der Straße in englischen Städten um die Scheiterhaufen tanzt, auf denen er die habhaftesten wehrloser Deutscher verbrannt, wagt die englische Regierung, ein Dokument mit angeblichen Zeugenaussagen zu veröffentlichen, die so ungeheuerlich sind, daß nur ein verirrtes Gehirn ihnen glauben kann. Aber während die englische Presse hier und da deutschen Nachrichten Raum gibt, während sie objektive Darstellungen der Kriegslage abdruckt, herrscht in Paris allein der Terror der Zensur. Meine Verlustlisten erscheinen, kein deutscher, kein österreichisch-ungarischer Generalstabbericht darf abgedruckt werden, die ausgetauchten schwerverwundeten Invaliden werden von ihren Angehörigen abgepörrt, eine wahre Angst vor der Wahrheit scheint die Regierung zu beherrschen. So kommt es, daß nach zuverlässigen Beobachtungen in breiten Volksschichten noch heute keine Kenntnis von den schweren Niederlagen der Russen auch nur im vorigen Jahre besteht, daß man weiter glaubt an die russische Kampfwalze, die auf Berlin losgeht, das in Hunger und Elend verkommt, und daß man vertraut auf die große Offensive im Westen, die schon seit Monaten nicht vom Acker kommt. Die Negierungen der uns feindlichen Staaten glauben durch Volksbetrug und durch die Entseelung eines blinden Hasses die Schuld an dem Verbrechen dieses Krieges verdecken, den Tag des Ermattens hinauschieben zu können. Wir werden uns — gestützt auf unser gutes Gewissen, auf die gerechte Sache und auf unser siegreiches Schwert — nicht um Haarsbreite von der Bahn abbringen lassen, die wir als richtig erkannt haben. Ritten in dieser Verwirrung der Geister und Gefühle geht das deutsche Volk ruhig und sicher seinen eigenen Weg. Nicht mit Haß führen wir diesen Krieg, aber mit Jörn, mit heiligem Jörn. Und je größer die Gefahr ist, die wir — von allen Seiten von Feinden umringt — zu bestehen haben, je mehr uns die Liebe zur Heimat tief an das Herz packt, je mehr wir sorgen müssen für Minder und Enkel, um so mehr müssen wir anhalten, bis wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde, nicht vereinzt, nicht vereint, wieder einen Waffenangriff wagen wird. Je wilder, meine Herren, uns der Sturm umtobt, um so fester müssen wir unter eigenes Haus bauen.

W. S.! Für die Gefühle, für diese Stimmung heiliger Kraft, unerschrockenen Mutes und grenzenloser Opferwilligkeit, die das ganze Volk befeuert, für die treue Mitarbeit, die Sie, meine Herren, vom ersten Tage an schwer und feil dem Vaterlande leisten, übermittle ich im Auftrage Seiner Majestät Ihnen als den Vertretern des ganzen Volkes den heißen Dank des Meisters. In dem gegenseitigen Vertrauen darauf, daß wir alle eins sind, werden wir siegen, auch einer Welt von Feinden zum Trotz!

• Wochenbericht vom Krieg •

Berlin, den 31. Mai 1915.

Seit einer Woche haben wir nun auch noch den italienisch-österreichischen Kriegsschauplatz. Bislang ist freilich nicht viel darüber zu berichten, es sei denn, daß die Klünderungen und Ausschreitungen gegen deutsche und österreichische Zivilisten in Mailand als „Heldensämpfe“ angesehen werden. Darin ist übrigens England (aus Anlaß der Lusitania-Affäre) unruhlich ergranzungen. — In Amerika beruhigt man sich allmählich wegen der „Lusitania“ und die bekanntgegebene deutsch-amerikanische Note an Amerika dürfte weiter abkühlen wirken. — In Galizien geht die deutsch-österreichische Offensive unauffällig vorwärts, und in der Bukowina konnten die Russen trotz aller Anstrengungen nicht wieder vordringen. So dürfte die laue und ungewerkschaftliche Neutralität Rumaniens und Griechenlands eine Weile anhalten. Daß Serbien auf den neuen Kampfesgenossen Italien nicht besonders gut zu sprechen ist, erklärt sich aus den Streitfragen, die entzünden: Wer soll Albanien besitzen? Und wie weit soll die Interessensphäre Serbiens an der Adria gehen? — Im Deutschen Reichstage hat v. Bethmann Hollweg eine würdige und treffende Antwort auf den Verrat Italiens gegeben (siehe Sp. 376). Namens der Sozialdemokraten brachte Ebert zum Ausdruck, daß wir zu den Verhältnissen vom 4. August stehen und die Verteidigung Deutschlands auf uns nehmen, bei allem Willen zum ehrenvollen Frieden. — Vor den Dardanellen haben die verbündeten 8 Mächte böse Verluste zu verzeichnen. 4 große Kriegsschiffe gingen in wenig Tagen zu Grund. Da wird die Situation für die französisch-englischen Truppen an den beiden Ecken auf Gallipoli gefährlich. Vielleicht versuchen es nun die Italiener! — Der deutsche Unterseebootkrieg hat fast täglich Erfolge aufzuweisen. Nachstehend die wichtigsten Vorgänge der verschiedenen Kriegsschauplätze: 23. Mai. Untergang des russischen Panzerschiffes „Panteleimon“ im Schwarzen Meer wird amtlich bekanntgegeben. Ursache: Torpedierung durch türkisches Unterseeboot! — Die zum 30. Mai (von den Sozialdemokraten der neutralen Länder) einberufene Konferenz gegen den Krieg ist wegen ungenügender Beteiligung nicht zustande gekommen. — 24. Mai. In Flandern heftige Kämpfe. 150 Franzosen gefangen. — An der Dubissa (Nordwestrußland) bei Koffienie Vorstoß deutscher Kräfte über den Fluß. 2240 Gefangene, 5 Maschinengewehre. — Erneute Offensive der Armee v. Radenski nördlich Przemysl. Die stark besetzten Orte um Radymno und zahlreiche Höhen erürrt. 153 Offiziere, über 21 000 Gefangene, 39 Geschütze (9 schwere), 40 Maschinengewehre fielen bisher in die Hände der deutsch-österreichischen Truppen. — In Südtirol kleine Grenzgefechte. — 25. Mai. Im Westen Teilkämpfe. — Schlacht bei Przemysl dauert fort. Weitere 4000 Gefangene, 20 Geschütze, 24 Maschinengewehre und 14 Munitionswagen erbeutet. — Nördlich der Weichsel nahmen Oesterreicher 998 Russen gefangen. — In Tirol Grenzgefechte. — Das neue englische Kabinett hat 5 Konservative. Admiral Fisher ist ausgeschieden, Churchill Kanzler von Lancaster, Arbeiterführer Henderson Präsident des Unterrichtsamtes. — Vor den Dardanellen hat ein deutsches Unterseeboot das englische Schlachtschiff „Triumph“ zum Sinken gebracht (12 000 Tonnen Wasserdrängung, 700 Mann Besatzung). — Zwischen China und Japan ist ein Kompromiß zustande gekommen. Der „Vertrag“ ist unterzeichnet. — 26. Mai. Französische Durchbruchversuche bei Vermelle (Lorettohöhe) und Souchez zurückgeworfen. — Bei Neubille benutzen Franzosen gefangene Deutsche zur Seduna (bei Schanzarbeiten, Völkerrechtsbruch!). — Ostlich Radymno (Mittelgalizien) Vordringen der Oesterreicher. 2000 Gefangene, 6 Geschütze. — Südöstlich Przemysl erfolgreiche deutsch-österreichische Angriffe. 2800 Gefangene. — In Tirol Grenzgefechte. — 27. Mai. Vor den Dardanellen wurde das englische Minierschiff „Wajestic“ (15 000 Tonnen, 750 Mann Besatzung) durch deutsches Unterseeboot versenkt! — Bei den französischen Durchbruchversuchen nördöstlich Lorettohöhe sind seit 9. Mai 11 Offiziere, 1450 Franzosen gefangen. — 18 französische Mäler griffen die offene Stadt Ludwigschafen an. Das gepanzerte Führerflugzeug wurde zur Landung gezwungen, der Kommandant gefangen. — An der Dubissa bei Ciragala deutscher Angriff. 3120 russische Gefangene. — Die Russen versuchten mit neuen starken Truppenmassen den Sam wieder zu überschreiten. Zurückgeschlagen! Die Gefangenenzahl bei Przemysl erhöht sich um weitere 5000

(insgesamt seit 25. Mai: 30 000!). — Englischer Pistolenzug „Frenze“ infolge eines unglücklichen Zufalls“ (Mine?) mit 200 Personen in die Luft geslagen (6000 Tonnen). — 28. Mai. In Italien ist Militärdiktatur. Trotzdem Ausschreitungen und Mordtendenzen gegen Deutsche und Österreicher in Mailand! — Französischer harter Angriff bei Bethune-Souches abgeblieben. — Am Tien an der Dubissa griffen die Russen vergeblich an. 380 Gefangene. — Österreicherische Marineschiffe bombardierten Arsenal von Venedig. — Ein weiteres englisches Schlachtschiff (von der Agamemnon-Klasse) ist von deutschem Unterseeboot vor den Dardanellen torpediert und wurde abgeschleppt. Die englisch-französischen Kriegsschiffe sind daher sämtlich in die Buchten des Agäischen Archipels geflüchtet! — 29. Mai. Französische Angriffe am Pjers Kanal unter schweren Verlusten abgeblieben. — Bei Mloty (südöstlich Libau, Nordwestrussland) feindliche Abteilung zurückgeworfen. — In der Dubissa und bei Szawle russische Angriffe unter schweren Verlusten abgewiesen. — Ebenfalls bei Lubaczowa und Strypj (Mittelgalizien). — Przemysl wird weiter eingeschlossen. — In Tirol, Kärnten und im Küstenlande Grenzgefechte.

• Aus den Stadtparlamenten •

Kriegs-Teuerungszulage.

Milano. Am 20. Mai saßen die städtischen Kollegien den Beschlüssen, den Arbeitnehmern im Dienste der Stadt eine Kriegs-Teuerungszulage zu gewähren. Anfangs April 1915 stellten die Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe (Gas- und Wasserwerke, Stadtbauamt und Badeanstalten) Anträge, den im Dienste der Stadt Milano stehenden Arbeitnehmern eine Teuerungszulage zu geben. Der Magistrat überwies diese Anträge der Kommission zur Revision der Beamtengehälter, der Sonderkommission zur Regelung der Arbeiterverhältnisse. Die Kommission beantragte nun, eine Teuerungszulage zu gewähren, und zwar nach folgenden Grundsatzen: 1. Alle männlichen und weiblichen Beamten, Angestellten und Arbeiter erhalten vom 1. Mai ab, jedoch zunächst nicht über den 31. Juli d. J. hinaus, zu ihren Dienstbegehren eine Teuerungszulage, wenn ihr Einkommen aus der Stadtkasse einschließlich der sonstigen Nebenbegehren, aber ausschließlich der Ueberhöhenvergütung nicht mehr als 2000 Mk. jährlich beträgt und sie nicht mehr als einmännlich im städtischen Dienste beschäftigt sind. Bei Affidobarbeitern wird als Lohn der Schichtarbeiter nach sechsmonatlicher Schicht berechnet. 2. Die Zulage beträgt monatlich für Inhaber der Ehe und Vermittelter 5 Mk., für Verheiratete 8 Mk., für jedes Kind unter 15 Jahren 2 Mk., für alle weiblichen Personen 5 Mk., für die Empfänger der Zulage als Hausverwaltungsvorstand zu sorgen hat und die seinem Haushalt angehören, je 2 Mk. 3. Die infolge des Krieges zum Heeresdienst einberufenen Personen erhalten die Zulagen nicht, weil für deren Familien durch den Kriegsbefehl, betreffend Lohnfortzahlung bzw. durch die Maßnahmen der Familienunterstützungskommission hinlänglich gesorgt ist. 4. Die Zulage wird ferner nicht den Personen gewährt, die von der Stadt volle Verpflegung erhalten. 5. Die Zulagen werden nur volle Wochen berechnet, sie werden gleichzeitig mit dem Lohn anteilig oder monatlich nachher gezahlt. 6. Beamte, Angestellte und Arbeiter, deren Gehalt, Vergütung oder Lohn 2000 Mk. übersteigt, erhalten mindestens die Bezüge, die sie erhalten würden, wenn ihre Dienstbezüge nur 2000 Mk. betragen würden. 7. Ein Rechtsanspruch auf die Zulage besteht nicht, ihre Gewährung ist widerruflich. 8. Die antragstellenden Kommissionen werden ermächtigt, gemeinsam die Weitergewährung der Zulage über den 31. Juli hinaus zu beschließen. 9. Die Ausführung und Auslegung der Grundsatze in Zweifelsfällen wird dem Magistrat übertragen. — Die Ausführung des Beschlusses erfordert einen Aufwand von vierteljährlich rund 40 000 Mk. Magistrat und Stadterordnete stimmten der Vorlage zu. Die Zulage wurde erstmalig schon am 21. Mai ausbezahlt.

Bernburg. In nichtöffentlicher Sitzung wurde den städtischen Arbeitern ab 15. April eine Teuerungszulage von 4 bis 7,50 Mk. (je nach Anzahl der Kinder) pro Monat bewilligt. Diese Zulage bekommen 64 Arbeiter.

Chemnitz. Notstandsunterstützung für Arbeiter, Angestellte und Beamte in unteren Einkommensstufen. Der Rat hat am 19. April grundsätzlich beschlossen, allen verheirateten städtischen Gehalts- und Lohnempfängern mit 27 Mk. und weniger Wochenverdienst eine widerrufliche Notstandsunterstützung von wöchentlich 1 Mk. zu gewähren und sie für Familien mit 1 oder 2 Kindern auf 2 Mk., mit 3 oder 4 Kindern auf 2,50 Mk. und mit mehr als 4 Kindern auf 3 Mk. zu steigern, zur Vermeidung von Unbilligkeiten aber auch den Beschäftigten mit mehr als 27 Mk., aber weniger als 30 Mk. Wochenverdienst nach folgender Uebersicht entsprechende Unter-

stützungen zu gewähren: Es sollen wöchentlich Unterstützung erhalten die Beschäftigten

mit Wochenverdienst bis zu	I wenn sie für keine	II für 1 oder 2 Kinder zu sorgen haben	III für 3 oder 4 Kinder zu sorgen haben	IV nicht als 4
a) 27,00 Mk.	1,— Mk.	2,— Mk.	2,50 Mk.	3,— Mk.
b) 28,— „	1,— „	2,— „	2,50 „	3,— „
c) 29,— „	1,— „	2,— „	2,— „	2,— „
d) 30,— „	1,— „	1,— „	1,— „	1,— „

Dadurch würde sich der Wochenverdienst erhöhen bis zu

a) 28,— Mk.	29,— Mk.	29,50 Mk.	30,— Mk.
b) 29,— „	30,— „	30,50 „	31,— „
c) 30,— „	31,— „	31,— „	31,— „
d) 31,— „	31,— „	31,— „	31,— „

Der Rat erachtet diese Unterstützung als Kriegsnotstandsmassnahme, für die der Kriegshilfsausschuss auch ohne besondere Zustimmung des Stadterordnetenkollegiums als allgemein ermächtigt anzusehen ist. Der Aufwand wurde, die Zustimmung des Ausschusses vorausgesetzt, auf Kriegsmittel zu weisen sein und die weitere Regelung der Unterstützung soll durch den Kriegshilfsausschuss geschehen. Die Unterstützung wird für Empfänger von Jahres- oder Monatslohn vom 1. April, für die übrigen Empfänger vom 5. oder 6. April an gewährt. Die Unterstützung wird in der Regel für Kinder nur bis zum erfüllten 15., bei besonderem Verdienst nach Ermessen des Betriebs- oder Amtsvorstandes auch für Kinder bis zum erfüllten 18. Lebensjahr gewährt. Erhöhung oder Ermäßigung der Unterstützung durch Veränderung der Kinderzahl erfolgt mit Beginn des auf die Veränderungsurkunde folgenden Gehalts- oder Lohnabchnittes. Die Unterstützung ist zunächst mit dem Gehalt und Lohn der Beschäftigten zu verrechnen und kann nach Ermessen der für die Gehalts- oder Lohnfestsetzung zuständigen Betriebsverwaltungen und Dienststellen mit in die nächsten Gehalts- und Lohnlinien aufgenommen werden, ist aber dabei vom Gehalt und Lohn getrennt zu halten. Die Unterstützung kommt nur für die Vollbeschäftigten und nicht für die in Frage, die für sich und ihre Familie Versorgung erhalten. Zweifel über die Zugehörigkeit zu diesen Kreisen entscheidet das Personalamt, gegebenenfalls der Kriegshilfsausschuss. Die Unterstützung wird nicht nur den ständig Beschäftigten, sondern auch den jetzt zur Vertretung von Kriegsteilnehmern und für besondere Kriegsdienste angenommenen Helfern und den künftigen Einmütigen gezahlt. Die Unterstützung wird widerruflich, also vorübergehend, gewährt. Sie gilt namentlich für Beamte nicht als Teil des Gehalts, für Verordnungsbeamte in Frage kommenden Dienstverhältnisses, und sie fällt weg, sobald durch Eintritt geordneter Lohns oder Gehaltszulagen 31 Mk. Wochenlohn oder 134 Mk. Monatsgehalt oder 1000 Mk. Jahresdiensteinkommen erreicht werden. Verdienungs- geld und anderer Dienstaufwand sowie Ueberstundenvergütung sollen bei Feststellung der Gruppenrenten nicht angedreht werden, wohl aber Nebenverdienst der ständig Beschäftigten und der Kriegsdienst- helfer aus Hand- und anderer Erwerbstätigkeiten. Die Dienststellen erhalten für die Bemessung der Unterstützung innerhalb des vor- stehenden Rahmens freie Hand. Es wird ihnen namentlich zuge- standen, im einzelnen Falle bis zur nächsten Lohngrenze nach oben von der Regel abzuweichen, wenn die Regel für Gleichgestellte Nachteile brächte.

Beispiel zum Vergleich von Gleichgestellten nach der Uebersicht

a) mit 3 Kindern und 27,90 Mk. Wochenverdienst	250 Zulage	aus 30,40 Mk.
b) „ „ „ 28,10 „	200 „	30,10 „
c) „ „ „ 28,90 „	100 „	29,90 „
d) „ „ „ 30,10 „	000 „	30,10 „

zu erhalten, so ist nachgelassen für b) 30,40 Mk. und für d) 30,90 Mk. zu zahlen. Ebenso wird entsprechende Erhöhung der Unterstützung nachgelassen, falls durch die Unterstützung die Beiträge für Kranken-, Invaliden- und Angelegenheitsversicherung gegenüber dem Unterstützungsbetrag unverhältnismäßig steigen würde. Wenn nötig, sind die Unterstützungen an Beschäftigte, die Stunden- und Stundenlohn erhalten, nach Gehalt der Dienststellen besonders zu regeln.

Freiburg i. Br. Der Stadtrat hat auf den Antrag unserer Filiale vorerst die menschenliche Abgabe von Kartoffeln, Fleisch und Fett an die städtischen Arbeiter beschlossen. Sobald die entsprechende Spezialkommission Bericht erstattet, wird über die Teuerungszulage selbst Beschlüsse gefasst werden.

Galle a. S. Die Stadterverwaltung hat beschlossen, Arbeitern, Angestellten und Beamten mit weniger als 2000 Mk. Jahres- einkommen ab 1. Mai während der Dauer des Krieges, jedoch nicht über sechs Monate hinaus, eine Teuerungszulage zu gewähren. Diese beträgt für Arbeiter mit wöchentlichem Lohnsatzung 1,80 Mk., wöchentlich, für Angestellte und Beamte 3 Mk. monatlich. In Betracht kommen 1069 Arbeiter, 80 Hilfskräfte im Tagelohn, 253 im Monatsgehalt, 497 Kriegsdienstverweigerer. Nur die angegebenen sechs Monate werden insgesamt 102 000 Mk. erforderlich sein. In einer Eingabe hatten unsere Kollegen eine Zulage von täglich 50 Pf. beantragt.

Krefeld. Den städtischen Arbeitern wurden Kriegszulagen von 20 und 40 Pf. für den Tag gewährt.

Ludwigsburg. Die Gartenarbeiter bekommen auf 1600 Eingabe an den Magistrat eine Teuerungszulage von 25 Pf. pro Tag.

Reinickendorf. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, den Gemeindevorständen und Arbeitern mit einem Einkommen bis zu 2000 M. Feuerungszulagen zu gewähren. Die Zulage beträgt 10 M. im Monat.

Stendal. Verheiratete A mit einem Tagelohn von 3,50 Mark und weniger erhalten eine Feuerungszulage von 1,25 M. Alle anderen gehen

Schopflehm bei Löhrrad. Aussicht auf die stets steigenden Lebensmittel wurde allen der Gemeinde im Tagelohn beschäftigten Arbeitern eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Tag gewährt. Es kommen nur solche Arbeiter in Betracht, welche dauernd bei der Gemeinde beschäftigt sind. Diejenigen, welche nur vorübergehend beschäftigt werden, sollen die Lohnerhöhung nur in der Zeit der strengen Feldarbeit (Heuernte usw.) erhalten.

Wandebel. In der Versammlung der städtischen Kollegien vom 21. Mai beschloß eine Anzahl bürgerlicher Stadtwahlmänner die vom Magistrat vorgeschlagene Gewährung einer Feuerungszulage für häusliche Arbeiter und Angestellte, und diese sollen nun auch die Zulage nicht bekommen. Das „Damburger Echo“ hat einen Bericht darüber gebracht, dem wir folgendes entnehmen:

Der Magistrat hatte den städtischen Kollegien eine Vorlage zugehen lassen, in der Kriegszulagen für Arbeiter, Angestellte und Beamte mit geringem Einkommen beantragt wurden. Bürgermeister Rodig begründete die Vorlage mit der erheblichen Verringerung des Lebensunterhalts. Eine ganze Anzahl von Städten hätten bereits Feuerungszulagen gewährt. Nachdem auch in Altona Feuerungszulagen beschlossen worden wären, sei Wandebel von allen sozialdemokratisch freiziehenden Städten (Städte mit mehr als 25000 Einwohnern) die einzige, die bisher den großen Preissteigerungen nicht Rechnung getragen habe. Die Stadt stehe ihren Arbeitern lediglich als Arbeitgeber gegenüber. Tatsache sei, daß die Löhne in der Privatindustrie gestiegen seien; diese Löhne sollten dem Bedürfnis nach Arbeitskräften, die zum Teil sehr knapp seien, und auch dem Steigen der Preise der Lebensmittel. Die Stadt dagegen habe starre Löhne für ihre Arbeiter, die nur durch Beschnitt geändert werden könnten. Wenn Damburg und Altona höhere Löhne gewährt hätten und auch die Privatindustrie höhere Löhne zahle, bestände die Möglichkeit der Abwanderung der guten Arbeiter in andere Betriebe. Der Bürgermeister verlas sodann die Vorschläge der Verwaltung: 1. Alle männlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter erhalten vom 1. Mai d. J. ab, jedoch zunächst nicht über den 31. Juli dieses Jahres hinaus, zu ihren Dienstbezügen eine Feuerungszulage, wenn ihr Einkommen aus der Stadtkasse, einschließlich ihrer dienstlichen Nebenbezüge, aber ausschließlich der Nebenverdienste, nicht mehr als 2000 M. jährlich beträgt und sie nicht nur nebenamtlich im städtischen Dienst beschäftigt sind. Diese Zulage wird auch Arbeitern usw., die ein derartiges Einkommen zwischen 2000 und 2400 M. beziehen, gewährt, jedoch wird diesen der 2000 M. übersteigende Betrag der dienstlichen Bezüge von der Kriegszulage gelöst. 2. Die Zulage beträgt monatlich: a) für Verheiratete 8 M., b) für jedes dem Haushalt angehörende Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre und für erwerbsunfähige Familienangehörige, für die der Empfänger der Zulage als Haushaltungsvorstand zu sorgen hat und die seinem Haushalt angehören, je 2 M. 3. Die Zulage des Krieges zum Seeresdienst emmeritenten Personen erhalten die Zulagen nicht, weil für deren Familien durch die Kollegienbeschlüsse, betreffend Lohnfortzahlung bzw. die Maßnahmen der Familienunterstützungsmitteln, gesorgt ist. 4. Die Zulage wird ferner nicht an Personen gewährt, die von der Stadt die volle Verpflegung erhalten. 5. Die Zulagen werden nur für volle Wochen berechnet; sie werden rechtmäßig mit dem Lohn anteilig oder monatlich nachher bezahlt. 6. Ein Rechtsanspruch auf die Zulage besteht nicht; ihre Gewährung ist widerruflich. 7. Die Auszahlung an Auslegung der Grundstücke in Zwangsversteigerung wird dem Magistrat übertragen. — Die Vorschläge des Magistrats hätten eine monatliche Ausgabe von 1700 M. verursacht. Die Finanzkommission hatte die Magistratsvorlage abgelehnt. Dagegen empfahlen den Beamten, Arbeitern und Angestellten Sonderzulagen zu gewähren, und zwar 3 M. monatlich für jedes Kind. — Gegen die Vorlage wandte sich vor allem der Bürgerwärtter Sprößel. Er gebe zu, daß eine Feuerung zulage bestehe. Aber unter der Feuerung hätten alle Kreise zu leiden, darunter viele Personen, die kein so sicheres Einkommen wie die städtischen Arbeiter hätten. Erst im vorigen Jahre sei eine Erhöhung der Löhne vorgenommen und die Einführung des Mindestlohnes, der Witwen- und Waisenversorgung beschlossen worden. Mittlere und kleine Gewerbetreibende müßten jetzt auch mit geringen Einnahmen auskommen. Die Familien der Kriegsteilnehmer bekämen von der Stadt noch weniger als jetzt die städtischen Arbeiter erhielten. — Dagegen wandte sich Stadtd. Bruhns (Sozialdemokrat) in ausführlicher Weise ohne Erfolg. Gegen die Vorlage stimmten die Stadtd. Sprößel, Alachstahl, Led. Möller, Rumbow, Timmann und Schief, für die Vorlage stimmten die Stadtd. Schwagermann, Köster, Gensburg, Prubins, Helbig und Salhofer. Der Magistrat stimmte schließlich dafür. Damit war die Vorlage abgelehnt.

Wittenberge. An Feuerungszulagen werden gewährt: Mannl. Unverheiratete täglich 10 Pf., Verheiratete ohne Kinder täglich 20 Pf., Verheiratete mit 1 Kind täglich 30 Pf., mit 2 Kindern 40 Pf., mit 3 Kindern 50 Pf. täglich.

• Aus unserer Bewegung •

Augsburg. „Der christliche Gemeindevorstand“ hält es in Nr. 11 vom 22. Mai für notwendig, des längeren auf die Feuerungszulage der städtischen Arbeiter einzugehen. Dagegen wäre nichts einzuwenden, würden nicht wieder einmal trotz der schweren und ersten Zeit die sozialdemokratischen Vertreter im Rathaus angerechnet. Es steht dort unter anderem zu lesen: „... Die Vertreter der Sozialdemokratie hatten zwei Anträge eingebracht, und zwar: allen städtischen Arbeitern und Angestellten eine Zulage von täglich 30 Pf. zu bewilligen. Zu gleicher Zeit aber beantragten sie, wenn 30 Pf. zu viel sei, sollten 20 Pf. gegeben werden. Eigentümlich, in anderen Städten forderten sie 40 Pf. für Ledige und 75 Pf. für Verheiratete und bezichnen dieses als das mindeste, was gewährt werden müsse. In Augsburg dagegen, wo die Feuerung zum mindesten die gleiche ist, vernähigen sie schon im gleichen Antrag die Forderung von 30 auf 20 Pf. und bereiten damit ihrem ersten Antrag selbst ein Vergräbnis erster Klasse. Damit war die Murre von Anfang an verfahren...“ — Wir versagen es uns mit Rücksicht auf den Geist der jetzigen Zeit, des näheren auf diese Annehmlichkeiten einzugehen, überlassen es vielmehr dem gesunden Menschenverstand, sich nach dem ganzen Verbeug der Verhandlungen das Urteil zu bilden. Zeitspenden wollen wir noch kurz folgendes: Als der Antrag, eine tägliche Feuerungszulage von 30 Pf. zu bewilligen, in der sozialen Kommission behandelt wurde, schloß der christliche Arbeitervertreter Geier (Bezirksleiter des christlichen Fertilarbeiterverbandes) überhaupt, und jene Zentrumsmänner, die anwesend waren, stimmten die 30 bzw. 20 Pf. mit den übrigen bürgerlichen Vertretern nieder. Der christliche Arbeitervertreter Geier stimmte aber auch im Gemeindevorstand gegen die tägliche Zulage von 30 Pf. Nicht zu vergessen sei, daß die zentrumschristlichen städtischen Arbeiter in Augsburg wieder einmal enttäuscht wurden. Es waren im hiesigen Gemeindevorstand 24 Zentrumsstimmen und 11 sozialdemokratische, zusammen also 35 Stimmen. Das wäre von der Gesamtzahl von 60 Stimmen die Majorität gewesen!

Dannover. In der Mitgliederversammlung vom 19. Mai im Gewerkschaftshaus sprach Kollege Reifner über: „Weltkrieg und Arbeiterbewegung“. In der Diskussion brachte Kollege Oppermann einige statistische Zahlen über Analphabeten und wies dadurch nach, daß Deutschland gegen alle anderen Länder am günstigsten stünde. In „Verschiedenem“ sprach Kollege Jürgen über den schlechten Besuch der Versammlungen, auch daß einige, schon längere Jahre unserer Organisation angehörige Mitglieder ihren Austritt erklärt hätten. Da wir betrecht sind, alle in unserem Organisationsgebiet beschäftigten Arbeiter zu organisieren, müßten wir auch diese Mitglieder halten und sie immer intensiver aufklären. Von einigen Kollegen wurde dann die Feuerungszulage erörtert, die ja beim hiesigen Magistrat „noch nicht spruchreif“ ist. Denn Zulagen werden hier nicht so schnell erledigt, aber Abzüge machen, das geht schneller und einfacher vorstatten; so wurde jetzt bei dieser teuren Zeit den Straßenreinigern der Zuschlag für Ueberstunden einfach nicht mehr bezahlt. Daraus können die städtischen Arbeiter ersehen, daß es ihre Pflicht ist, sich noch immer fester zusammenzuschließen, um solchen Willkürakten ganz energisch entgegenzutreten zu können.

• Rundschau •

Anton Raith f. Wieder hat die Arbeiterbewegung einen schweren Verlust zu beklagen. In München ist Genosse Anton Raith im Krankenhause einem plötzlich auftretenden schweren Leiden erlegen. Raith wurde geboren am 21. November 1863 in Murnau. Als Holzarbeiter schloß er sich zuerst dem Lokalverband an, und als die Zentralisation Wurzel geschlagen hatte, trat er, am 27. Januar 1895, dem Zentralverband der Holzarbeiter bei. Hier erkannte man rasch seine agitatorische Befähigung. Im Januar 1899 wurde er vom Verband angestellt, er war zunächst Bevollmächtigter und Gewerkschaftsleiter, und da der Verband immer mehr an Bedeutung gewann und dessen Mitgliederzahl wuchs, verließ er am 20. Mai 1905 ab das Amt eines Gewerkschaftsleiters. Für den Holzarbeiterverband bedeutet der Tod Raiths einen schweren Verlust; Raith war der Pionier, der in Bayern unermüdet arbeitete an der Ausbreitung seiner Gewerkschaft. Aber auch als Politiker leistete Raith seiner Partei große, unvergessliche Dienste. Er war ein Redner in bestem Sinne, seine Rede war distinkt von innerer Ueberzeugung, seinen Worten verschaffte sprudelnde Leidenschaftlichkeit Nachdruck, die Leiden der Entertien mühte er mit warmem Mitgefühl zu schildern und mit schlagfertiger Antwort und sarkastischem Witz trat er stets erfolgreich seinem Gegner gegenüber. Das Vertrauen seiner Genossen berief ihn im Jahre 1899 zum erstmalig ins Gemeindevorstand München, dem er seit jener Zeit ununterbrochen angehört. Im Jahre 1911

